

Fundamentalismus in der Dritten Welt als Herausforderung an das internationale System des 21. Jahrhunderts: Kultursoziologie oder Politökonomie als Therapie?

Die dominante Politologie hat ihre Anpassung an die neue Weltlage rasch erfolgreich vollzogen. Nach dem Zusammenbruch der sich als „real existierenden Sozialismus“ bezeichnenden Gesellschaftsformation drohte die Gefahr, daß ihr der undemokratische und rückständige Gegenentwurf zu ihrem Konzept des Pluralismus abhanden kommen könnte. Sie hat ein neues Gegenmodell in der Dritten Welt entdeckt: den (religiösen) Fundamentalismus, allerdings um den Preis einer Reduktion einer höchst vielschichtigen und primär nicht kulturell determinierten Wirklichkeit, die paradoxerweise nur um den Preis von eigenem Fundamentalismus im Denken möglich wird. Diese Reduktion ist nicht weniger gefährlich für ein friedliches Zusammenleben im internationalen System als das mit dem Begriff Fundamentalismus in der Dritten Welt bezeichnete Phänomen selbst.

Fundamentalistisch ist diese Reduktion aus zwei Gründen: Solche Interpretationen gehen von einer Überhöhung der Wertigkeit der europäisch-nordamerikanischen Welt aus, durch die deren kulturelle Erscheinungsformen als einzig mögliche Muster der Emanzipation von Menschen aus selbstverschuldeter Abhängigkeit begriffen werden. Die Folge ist, daß alles andere in einen Sack gestopft wird, obwohl solche anderen Projekte in anderem ideologischen Gewand durchaus, je nach den gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen auf Moderne ausgerichtet sein können, die in der Ermöglichung von Individualität auf der Grundlage der Produktivität des einzelnen Wirtschaftsbürgers besteht. Dies ist umso gefährlicher, als der Übergang von Ökonomien in der Dritten Welt in einen solchen Zustand nicht unerheblich vom Verhalten des Westens beeinflusst wird. Kann nämlich der Westen, wie die Analyse der folgenden Beiträge nahelegt, über die Aufrechterhaltung einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft weltweit das Beschäftigungsniveau anheben, wird ein solcher Prozeß in den sich im Übergang zu der Moderne befindlichen Gesellschaften erheblich erleichtert.

Ganz im Gegensatz zu einer solchen Forderung wird in der fundamentalistischen Reduktion des Phänomens des Fundamentalismus in der Dritten Welt ein Szenario zukünftiger Weltbeziehungen entworfen, in dem der „Zusammenstoß der Kulturen“ als nahezu unausweichlich dargestellt¹ und damit die Fähigkeit der westlichen Länder zu einer differenzierten Reaktion beeinträchtigt wird, die geeignet sein könnte, gewaltfreiere gegenüber gewalttätigeren Durchbrüchen zur Moderne zu begünstigen.

Mit dieser Kritik will ich nicht einer relativistischen Position das Wort reden, die die neuen sozialen Bewegungen in der Dritten Welt als Ausdruck demokratischer Selbstbestimmung gleichberechtigt und undifferenziert akzeptierte. Einige unter ihnen – *Carliers* Beitrag zu Algerien belegt sie – stellen Gefahren für friedlichen Wandel in Ihren Gesellschaften dar. Ich behaupte allerdings, daß der Rückgriff auf traditionelle Werte zur Legitimierung politischer Ordnungsentwürfe nicht allein deshalb regressiv ist, weil die herangezogenen Rechtfertigungsgründe mit Positionen gespickt sind, die den Grundpositionen der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Beteiligungsrechte nicht entsprechen. *Krämers* Beitrag zeigt, daß unter im Vergleich zu Algerien anderen gesellschaftlichen Kräftekonstellationen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis solcher neuen sozialen Bewegungen bewußt oder unbewußt auf die Herausbildung gesellschaftlicher Strukturen zielt, die bürgerliche Gesellschaft begünstigen. *Mahrads* Beitrag stützt *Krämers* Argument, indem er zeigt, daß die Gesellschaft mit ihren in der Ökonomie begründeten Widersprüchen und Strukturdefiziten sich dem Anspruch der Gleichhaltung entsprechend ideologischer Grundsätze – selbst nach vorübergehendem Sieg extremistischer Fundamentalisten – wieder entzieht, und stützt damit *Wariawallas* Einschätzung, daß die Möglichkeit von „voice“ der Massen ideologische Reinheit verwässert.

Nicht der Rückgriff auf traditionelle Werte als solchen und damit auch nicht die ideologische oder kulturelle Erscheinungsform eines krisenhaften Umbruchs bergen die Gefahr der Regression, sondern die je nach politökonomischen Strukturen unterschiedlichen Möglichkeiten, Kräften der sogenannten Zivilgesellschaft in diesem krisenhaften Prozeß des Scheiterns des Entwicklungsstaats in der Dritten Welt zum Durchbruch zu verhelfen.

Damit verschiebt sich die Sichtweise: Durch ihren Rückgriff auf traditionelle Werte sind die neuen sozialen Bewegungen einerseits geeignet, neuen sozialen Kräften, die der auf Renten beruhende Entwicklungsstaat bürokratischer Entwicklungsgesellschaften vom politischen Prozeß entweder durch klientelistische Gängelung oder offene Ausgrenzung ausgeschlossen hatte, Beteiligung zu verschaffen. Solche neuen sozialen Bewegungen können aber auch durch ihren Monopolanspruch auf Weltdeutung und Gesellschafts-

theorie solche Partizipationschancen zunichte machen. Die in den dreißiger Jahren entstandene Überzeugung, daß ein der Gesellschaft vorauseilender Staat zur Überwindung von Unterentwicklung, ja zur Vollstreckung einer der Gesellschaft wegen ihrer Rückständigkeit notwendig verschlossenen Zukunftsutopie Bedingung sei, findet bei den neuen sozialen Bewegungen der Dritten Welt eine Entsprechung in der Überzeugung, daß Staat und Gesellschaft von einer neuen, Marktkonkurrenz nicht unterworfenen Instanz gereinigt werden müßten, damit beide nun, geleitet von minn mehr andren, aus der Tradition gezogenen Prinzipien das mit dem alten Konzept gemeinsame Ziel größerer Gerechtigkeit erreichen können.

Carlier und *Wariavwalla* beiegen deshalb zurecht am Beispiel völlig unterschiedlicher Kulturkreise mit ihren ganz unterschiedlichen religiösen Vorstellungen die spiegelbildliche Entsprechung der Grundeinstellungen zwischen dem neuen Fundamentalismus und dem aus der Krise der dreißiger Jahre geschichtsmächtig gewordenen säkularen und, nach Meinung der Literatur, so verwestlichten Nationalismus. Beide stehen in Opposition zur vorfindbaren gesellschaftlichen Wirklichkeit. Sie können deren Eigendynamik nachhaltig behindern, wenn sie mit ihrem Anspruch, den allgemeinen Willen zu repräsentieren, und mit den ökonomischen Mitteln der Nichtmarktökonomie die „auf dem Willen aller“ beruhende Gesellschaft als unzureichend bekämpfen. *Krämers* Fall Ägypten weicht von *Carliers* Fall Algerien gerade dadurch ab, daß der im Vergleich zu Algerien viel ärmere ägyptische Staat in viel höherem Maße, ob fundamentalistisch oder verwestlicht, den Kräften der Gesellschaft Rechnung tragen muß, als der derzeit algerische und – sofern die algerische FIS die Macht übernehmen sollte – auch ihre islamische Republik. Im Hinblick auf die derzeitige Entwicklung Algeriens würde ich hinzufügen, daß der erbarmungslos von beiden Seiten auf dem Rücken der Gesellschaft – jene breite diffuse demokratische Opposition, die *Carlier* in ihrer Unfähigkeit, sich als politische Kraft zu etablieren, beschreibt – ausgetragene Kampf durch die Weigerung eines immer breiteren Spektrums der algerischen Gesellschaft, sich für eines der beiden Lager zu entscheiden,² letztlich dazu beitragen wird, daß die Chancen der Emanzipation von Gesellschaft als Willen aller eher begünstigt werden.

Statt die ideologischen Manifestationen des Umbruchs vorschnell als Beleg für unausweichliche Zusammenstöße zwischen Kulturen hinzunehmen, ist deshalb der schwierigere und Interdisziplinarität erfordernde Weg der Rekonstruktion der politökonomischen Ursachen der Konfliktmanifestationen anzuraten, der allerdings auf das Hindernis stößt, daß die europäische und noch mehr die nordamerikanische Sozialwissenschaft durch die Abkopplung von der Ökonomie als Wissenschaft vom Metabolismus vom Gesellschaft sich

diesen Zugang selbst versperrt hat und, noch bedenklicher, das „gebildete Publikum“ durch soziologisierende Ersatzerklärungen vom Erwerb dazu geeigneter Alltagstheorien als Grundlage für Verständnis solcher Zusammenhänge ausgeschlossen hat. Daß der Rekurs einer sich als progressiv verstehenden Schule von Intellektuellen zur „Rekonstruktion“ – eher „Restauration“ – einer politischen Ökonomie auf der Grundlage von im 19. Jh. entwickelten Theorien diesen Mangel nicht hat beheben können, ist bekannt.

Wir müssen deshalb kurz auf die je nach politökonomischen Strukturen unterschiedlichen Formen der krisenhaften Ablösung des Entwicklungsstaats eingehen. Der Aufstieg des Entwicklungsstaats ist in engem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zu sehen.³ Bei zunächst guter Entwicklung der Terms-of-Trade war die heutige Welt seit Ende des 19. Jhs. auf tropische Agrarprodukte, die neue Bedürfnisse der wirtschaftlich langsam besser gestellten europäischen Mittelklassen und Arbeiter befriedigten, und mineralische Rohstoffe spezialisiert, bei denen die Erschöpfung kostengünstiger Lager in den Industrienahen Standorten dem technischen Fortschritt entgegenwirkte, der ab 1880 zunehmend auch in der Dritten Welt in der Form moderner Ausrüstungsgüter im Bergbau eingesetzt werden konnte. Ohne gesellschaftliche Veränderungen zugunsten der Massen mußte das Eindringen kapitalistischer Produktionsstrukturen in vorkapitalistische Verhältnisse zur Freisetzung von marginaler Bevölkerung führen, da die Durchschnittsproduktivität in der Landwirtschaft noch so niedrig war, daß die marginale Produktivität unter den Subsistenzkosten lag.⁴ Marginalität bedeutet, daß es Bevölkerung gibt, die angesichts der knappen Ressourcenausstattung, vor allem bei Land, und noch niedriger Produktivität weniger produziert, als sie für ihr Überleben braucht. Beim Eindringen kapitalistischer Produktionsverhältnisse wird sie sichtbar, weil nunmehr freigesetzt. Durch Druck auf die Löhne dieser Arbeitslosen bleiben auch die übrigen Beschäftigten arm, weil über die Exporte Arbeit nicht knapp werden kann, so daß die Entlohnung der Beschäftigten selbst bei hohen Produktivitätssteigerungen nicht auf ihr Grenzprodukt steigt, so daß damit auch die Reallohne nicht entsprechend der Grenzproduktivitätsthese der Arbeitslöhne steigen können.

Die Kolonisierung Afrikas und Asiens mit dem vorrangigen Interesse der Europäer, koloniale Erschließungsmaßnahmen zum Rohstoffabtransport durch Erhöhung des Steuerdrucks auf relativ unproduktive Wirtschaften zu finanzieren, mußte jeden Versuch zur Beseitigung von Marginalität oder zur Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Massen vereiteln, solange nicht die neuen Exportsektoren zur Verknappung von Arbeit führten. Dazu waren die Exportsektoren wegen abnehmender Nahrungsmittelanteile am Verbrauch und abnehmender Rohstoffintensität der Produktion in den

Industrielländern zu klein. Zum Kolonialsystem gehörte auch, daß ein aufgrund sozialer Absicherung unelastisches Angebot an billiger Arbeit durch Zwangsmaßnahmen, wie Kopfsteuer, Hüttensteuer und offene Zwangsarbeit gewaltsam erweitert wurde.

Als in der Weltwirtschaftskrise die Exportmärkte zusammenbrachen, gab es keine finanziellen Ressourcen mehr, um die bis dahin entstandenen exportabhängigen Sektoren in Erziehung und Administration zu bezahlen, während eine Umstellung auf binnenmarktorientierte Produktion, wo überhaupt im Rahmen der sogenannten importsubstituierenden Industrialisierung möglich, wegen niedriger Produktivität angesichts ihrer bisheriger Vernachlässigung mit Einkommensverlusten verbunden war.

Der Koexistenz hochproduktiver Exportsektoren mit gleichzeitig niedriger Produktivität im Rest der Wirtschaft und angesichts sehr rasch wachsender Bevölkerung noch verschärfter Armut entsprachen wirtschaftliche Konzepte, die in der Mobilisierung der – sonst im Export in der Form von Terms-of-Trade-Verlusten abfließenden – Renten durch einen planerischen Staat eine Chance für Diversifizierung der Wirtschaft und Abschaffung der Armut als Ergebnis staatlicher Investitionen in noch nicht rentablen Bereichen erwarteten.

Aneignung und Allokation von Renten, die solche Konzepte implizierten, erforderten eine Zentralisierung der Mehrprodukt aneignenden Klasse, die sich dafür die Institution des Entwicklungsstaates schuf. Auf ihr widersprüchliches Verhalten zwischen Selbstprivilegierung und Legitimationszwang als Folge ihrer internen Dynamik soll hier nicht weiter eingegangen werden⁵. In vielen Ländern waren solche Staatsklassen bei der Erhöhung der für Investitionen und den eigenen Konsum verfügbaren Ressourcen erfolgreich, auch noch bei der Kanalisierung solcher Ressourcen in als Investitionen betrachtete Ausgabeprojekte zweifelhaften wirtschaftlichen Werts, doch scheiterten sie fast überall bei der Aufrechterhaltung einer akzeptablen Kapitalproduktivität. Sie hatten ihre Konzepte entsprechend dem Prestige des sowjetischen Industrialisierungsmodells jener Jahre aus einer naiven Übernahme marxistischer Ideen abgeleitet und dabei die Notwendigkeit der Konkurrenz zur Verminderung von Ausbeutung durch Ineffizienz übersehen.

Die Ölpreiskrisen der siebziger Jahre stellten den Höhepunkt des auf Rentenaneignung beruhenden Entwicklungsstaats dar. Die geringen Erfolge der Ölländer, die neuen Ressourcen in Produktivitätssteigerung zu verwandeln, belegten, daß die Diagnose von Unterentwicklung als Folge von Ausbeutung über schlechte Rohstoffpreise falsch sein mußte. Die Weltenergiepreissteigerungen verschärften die schon vorher in anderen Ländern der Dritten Welt aufgetretene Finanzknappheit (foreign exchange und savings gap

der Kritik der Imports substitution), so daß erste Liberalisierungstendenzen auftraten, die nach Ausbruch der Schuldenkrise der Dritten Welt 1982 unter dem Einfluß der Bretton Woods-Institutionen zur dominanten Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im Süden wurden.

Der Entwicklungsstaat geriet in die Krise, weil ihm die produktive Verwendung von Rente nicht gelang, so daß sich – auch unter dem Eindruck der Personalausgaben – die Finanzierungsspielräume verminderten. Die Fortdauer der Kooptation von Personal in die Staatsklassen und ihre organische Klientel war nicht mehr finanzierbar. Mittelschichten, die bis dahin die Rekrutierungsbasis für die Staatsklassen waren, mußten sich nach neuen Möglichkeiten zur Verwertung ihrer knappen Ressourcen, Erziehung und beschränkten Finanzmittel, umsehen. Sie fanden diese im klein- und mittelbetrieblichen Bereich und einer neuen Nichtmarktökonomie, den sogenannten Nichtregierungsorganisationen, die angesichts des Staatsversagens und der sich ausbreitenden Armut neue Betätigungsfelder fanden, bei denen sie rasch auf den Zuspruch internationaler Geber stießen. Klein- und Mittelbetriebe und Nichtregierungsorganisationen mußten im ineffizienten Staat einen Rivalen um knappe Mittel sehen und bekämpften ihn als räuberischen Fiskus. Die Vorstellungen der neuen Entwicklungstheorie, die das Ausbleiben von Entwicklungserfolgen aus nahezu vierzigjährigen Bemühungen auf Staatsversagen zurückführte, paßte zu den Interessen dieser beiden Sektoren und lieferte eine theoretische Rechtfertigung.

Der Übergang zu mehr Marktwirtschaft in der Nachfolge der exportstarken neuen Tigerländer zeigte je nach gesellschaftlich-ökonomischen Strukturen völlig unterschiedliche Ergebnisse, auch wenn nahezu alle Länder durch die Beschränkung von staatlicher Vergeudung gewisse Wachstumserfolge erzielten.

Es lassen sich wenigstens vier Fälle unterscheiden, von denen drei bisher für Fundamentalismus nicht anfällig waren. In Ost- und Südostasien scheint, z.T. mit schweren ökologischen Folgen (Abholzung), Marginalität wenigstens in einigen Ländern beseitigt. Hier führt die Zunahme der Beschäftigung durch Exporte zu steigenden Reallöhnen, die die Wettbewerbsfähigkeit solange nicht behindern, wie die Wirtschaften durch Nahrungsmittelselbstversorgung beliebig hohe Abwertungen ihrer Währungen hinnehmen können, und dadurch komparative Vorteile in absolute Vorteile zu verwandeln vermögen. Hier ist ein Durchbruch zu kapitalistischer selbsttragender Entwicklung zu erwarten, ohne daß anti-westliche Tendenzen im ideologischen Bereich auftreten werden. Aus dem Fehlen fundamentalistischer Tendenzen ist aber genausowenig wie im Deutschland des 19. Jhs., wo ähnlich der Übergang zu Kapitalismus unter Leitung vorbürgerlich orientierter Eliten

gelang, eine Verwirklichung der pluralistischen Demokratie zu erwarten, wie manche voraussagen. In Lateinamerika gelang die politische Isolierung der Armen, weil diese aufgrund der Erfahrung mit Repressivität und geringer Reformbereitschaft der bisherigen Nichtmarktökonomie des Staates jede Form überregionaler Marktökonomie ablehnen. Ein die Armen ausschließendes, auf moderne Technologie setzendes Modell von Industrialisierung mit stark segmentierten Arbeitsmärkten geht einher mit einer formalen Demokratisierung, bei der es durch Rückzug des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft keinen Ansatzpunkt für die Verwirklichung von Forderungen der Armen über die staatliche Wirtschaftspolitik gibt. Die Rechtfertigung liefert ein extremer Liberalismus in wirtschaftlicher und politischer Theorie.

Die Demokratiebewegung in Afrika richtet sich zwar gegen die an der Macht befindlichen Staatsklassen, ist aber so sehr auf die Städte begrenzt, daß ihr Ziel die Erhöhung der von außen als Entwicklungshilfe zufließenden Renten ist. Die Transformation von inneren Märkten oder vermehrte Anstrengungen beim Export verarbeiteter Produkte liegen außerhalb ihrer Vorstellungswelt. Hier orientiert sich der Diskurs an 1789 und 1776, den noch mit sozialen Komponenten angereicherten Vorstellungen der einsetzenden bürgerlichen Revolution in Europa und Amerika. Das Versprechen eines sorgsamen Umgangs mit Renten wird als Gegenleistung für neue Renten angeboten.

Die Mehrheit der Länder des Südens gehören zum vierten Fall: Marginalität dauert an und verschärft sich, insbesondere weil die Privilegierten einschneidende Agrarreformen verhindert haben, und wird politisch wirksam, weil die Isolierung der Armen, die Zerstörung ihrer Erwartungen, anders als in Lateinamerika, aufgrund der insgesamt durchaus vorhandenen Entwicklungserfolge der „verwestlichten“ Staatsklassen nicht eingetreten ist. Dem Staat fehlen aber die Mittel, die Mittelschichten zu kooptieren. Wegen noch geringer Produktivität ihrer Landwirtschaften können sie anders als die erfolgreichen Länder Ost- und Südostasiens nicht mit dem Mittel massiver Abwertungen komparative in absolute Kostenvorteile verwandeln und über den Weltmarkt rasches Wachstum der Produktion und ihrer eigenen wirtschaftlichen Basis erreichen.

Marginalität bei hohen Erwartungen der Unterprivilegierten und nicht mehr erfüllbare Erwartungen der Mittelschichten aufgrund unzureichender Renteneinnahmen des Staates machen diese Gesellschaften anfällig für die Suche nach radikalen Alternativen, wie *Carliers* Beitrag zeigt. Der Rückzug auf die Religion ist dabei nur eine Ausprägung: Die Islamisten sind auf die algerische Protestbewegung des Oktobers 1988 aufgesprungen. Die Religion kommt aber häufig zum Zuge, weil sie Gemeinschaft schafft und damit die in bezug auf ihre Stellung im Produktionsprozeß höchst heterogenen Unterpri-

vilegierten anspricht, ohne sie in bezug auf ihre Unterschiede auseinanderzudividieren und ohne die enttäuschten Mittelschichten auszugrenzen, deren Eigentumsrechte durch solchen religiösen Radikalismus nicht bedroht werden. Die von der Religion vorgeschriebenen, milden Sozialverpflichtungen für Eigentum können sie ertragen. Religion ist außerdem anders als alle westlichen Wertemuster und Ideologien nicht diskreditiert, weil sie die einzige Ideologie war, die die Staatsklassen in ihren sukzessiven Wechseln zwischen Nationalismus, Revolution, Sozialismus, Kapitalismus und Markt nicht – wenigstens nicht erfolgreich – für ihre Herrschaft instrumentalisiert hatten. Regionale Bewegungen in anderen Teilen der Welt, auch in Indien, zeigen, daß auch andere ideologische Ausdrucksformen dieses Protests gegen den zentralistischen Staat möglich sind. In Gesellschaften mit scharfen sozialen Gegensätzen außerhalb des staatlichen Bereichs sind – so zeigt *Wariawwalla* – verarmte Unterschichten durchaus gegenüber dem Appell nach Gemeinschaft, der von enttäuschten Mittelschichten ausgeht, resistent.

Sichtbar werdende Marginalität und verwehrt Aufstiege von Mittelschichten, die darauf wegen der Versprechungen des Entwicklungsstaats gehofft hatten, erlauben das gesellschaftliche Kerngebiet zu bezeichnen, in dem Fundamentalismus auftritt. Vorhandene Gegensätze in der nicht vom Staat klientelistisch und repressiv durchstrukturierten Gesellschaft, wie in Indien, verweisen auf Hindernisse bei der Ausbreitung der neuen Ideologien. Fortdauer von nichtstaatlicher Strukturierung entlang ökonomischer Interessen bedingt Unterschiede in den Ausdrucksformen des neuen Denkens selbst dort, wo sich die Religion als Vehikel durchsetzen kann.

Die Befreiung der sogenannten Zivilgesellschaft ist zugleich Vehikel, aber auch Schranke des Fundamentalismus. Der Vergleich zwischen Algerien und Ägypten, aber auch der heutige Zustand der iranischen Gesellschaft, den *Mahrad* beschreibt, belegen, daß nicht die Stärke der staatsfreien Räume, der sogenannten Zivilgesellschaft, sondern ihre Schwäche der wesentliche Zug ist, der den Aufstieg radikaler Fundamentalismen erklären kann.

Carliers Analyse des Aufspringens der islamischen Bewegung auf eine Protestbewegung, der Schwäche der demokratischen Mitte, die nur dort gemildert ist, wo Zugang zu Arbeit und Zugang zu produktiven Aktivitäten (Unternehmerschaft) soziale Zusammenhänge schafft, legt ein wesentliches Charakteristikum der algerischen Situation im Unterschied zu Ägypten, dem heutigen Iran und Indien offen: Die Schwäche der Zivilgesellschaft in Algerien wegen der Schwäche der marktgesteuerten Ökonomie, hier als Folge der Deflation der Wirtschaft durch die Rente.

In Algerien hat der Rentenaneignende Staat alle diversifizierten Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft besetzt. Als er und mit ihm die staats-

abhängigen Strukturen hier zusammenbrachen, gab es nur noch Anomie, die Lacheraf am Beispiel des kolonialen Staats schon als Atomisierung der Gesellschaft beschrieben hatte.⁶ Die von anderen schon beschriebene Politökonomie der Rente hat Vergesellschaftung über Arbeit und Tausch in weiten Bereichen durch eine Vergesellschaftung durch Zuweisungen von oben oder Ausgrenzung verdrängt. Eine solche atomisierte Gesellschaft wird für die einzige noch funktionierende Organisation verfügbar.

Ganz anders im Fall von *Krämers* Ägypten: Die islamischen Kräfte haben ihre Grundlage zwar an der gleichen Schnittstelle zwischen Land, aus dem die Menschen wegen Marginalität abwandern, und versagendem Staat; dieser war jedoch nie reich genug, um in gleichem Maße wie in Algerien Kräfte an sich zu binden. Er muß wegen seiner Schwäche Selbstorganisation auf der Grundlage von staatsfreien Produktionsprozessen und den dabei erarbeiteten Ressourcen dulden. Arbeit und Knappheit erzwingen offenbar eine Vergesellschaftung, in der die Bedeutung produktiver Anstrengungen der Dominanz von Ideologien entgegenwirkt. Hier muß sich die islamische Bewegung in Strukturen und Funktionen begeben, die in anderen Ländern von Nichtregierungsorganisationen übernommen werden. Hier wird sie von Kräften geleitet, die den Kontakt zu bürgerlicher Gesellschaft erst begründender Ökonomie nicht verloren haben. *Mahrads* Iran verweist darauf, daß aus diesem Mechanismus selbst die Zurückdrängung der radikalen Tendenzen nach ihrem vorübergehenden Sieg erfolgen kann.

Offenbar ist es nicht der politische Wiederaufstieg der Religion, der zur Radikalisierung führt, sondern der Zusammenbruch von Erwartungen im Zusammenhang mit politökonomischen Strukturen, die – in umso höherem Maße als sie von Renten abhängen, im Fall des Zusammenbruchs umso höhere – Atomisierung freilegen und damit umso höhere Disponibilität für Radikalisierung eröffnen.

Zurecht sieht *Carlier* die Parallele zur Zeit der antikolonialistischen Befreiungsbewegung in Algerien. Die mit Modernisierung einhergehenden Umbrüche führen zu Identitätskrisen, zum Versuch, diese mit Hilfe „herumliegender“, nicht selbst entwickelter ideologischer Muster zu bewältigen, und dabei zur Gefahr des Verlusts an Bezug zur Realität, die umso größer ist, als bei diesen Umbrüchen der Staat die Gesellschaft von oben an sich gebunden hatte. *Wariawallas* Plädoyer für einen schwachen Staat für Indien trifft sich hier mit *Carliers* Forderung, dem mittleren Dritten, der sich noch keiner solcher totalen Ideologie unterworfen hat, eine Chance zur Selbstorganisation zu geben.

Eine Reihe von Folgerungen für die weitere Forschung ergeben sich aus dem Vergleich der vier Realitäten, die in dieser Ausgabe beschrieben werden.

1. Das Szenario eines Zusammenstoßes von Kulturen ist wenig wahrscheinlich, weil dauerhaft die Dominanz ökonomischer Zwänge, die die Gesellschaft nicht mit Predigten von Priestern verarbeiten kann, nicht zurückgedrängt werden kann. In dem Maße, wie der Entwicklungsstaat die Ineffizienz seiner Staatsklasse – vor allem in der Phase ihres Niedergangs – mit dem Mittel der Durchorganisation von Gesellschaft von oben konterkarieren will, können in solchen Situationen extremistische Bewegungen Oberhand gewinnen. Hier wirkt die Rente der Repression ähnlich. Im Hinblick auf die deutsche Erfahrung, in der die Gegner der Machtübernahme Hitlers 1932 den Putsch gegen solchen Extremismus nicht gewagt hatten, darf man durchaus fragen, ob in solchen Extremsituationen die Übernahme der Macht von Gegnern der Demokratie mit dem Mittel von Wahlen nicht durch polizeistaatliche Repression verhindert werden muß. Aber nicht alle auf Wiederbelebung traditioneller Werte gerichteten Bewegungen, die in solchen Situationen zum Kitt zwischen Marginalisierten und blockierten Mittelschichten werden, sind schon deshalb Kämpfe gegen die Demokratie, weil sie in Demokratie, Minderheitenrechten und Rechtsstaatlichkeit keine Schwerpunkte ihres Wirkens sehen. Eine Typologisierung solcher Bewegungen scheint viel wichtiger als ihre Diagnostizierung als fundamentalistisch.
2. *Wariavwalla*, *Krämer* und in geringerem Maße auch *Mahrad* beschreiben Situationen, in denen Extremismus beschränkt bleibt, weil produktive Arbeit die Möglichkeit zur Verbesserung individueller und kollektiver Lebenslagen gibt. Rente scheint Ideologie, Arbeit hingegen Realitätsbezug und Mäßigung zu fördern. Deshalb sind Möglichkeiten zur Beseitigung von Marginalität mit Vorrang zu erforschen. Wer nicht marginal ist, weil er mehr produziert als er verbrauchen muß, ist im ökonomischen Sinn Staatsbürger, weil er gleichzeitig über die Optionen von *exit* und *voice* verfügt. Ob der informelle Sektor arbeitet oder parasitär spekuliert, scheint wichtig, nicht so sehr aber die Frage nach der ideologischen Ausrichtung der ihn tragenden Unternehmerschaft.
3. Internationale Beziehungen als akademische Disziplin müssen mehr noch als bisher die gesellschaftliche Determiniertheit außenpolitischen Verhaltens in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen. Dazu sind aber veraltete Gesellschaftstheorien, die von erfragbaren Werten und formaler Offenheit des Zugangs zur außenpolitischen Willensbildung ausgehen, wenig versprechend. Gesellschaftliche Gruppen orientieren sich an Möglichkeiten und Erwartungen ihrer Mitglieder; richten sich diese auf Produktion und Arbeit, hat kompensatorische Ersatzidentifikation über Ideologie nur geringe Chancen. Modelle, die gesellschaftliche Wertsetzungen ausge-

hend von Zugängen zur Vergesellschaftung über freie Arbeit, und Orientierungsrahmen für Organisationen ausgehend von einer solchen Orientierung der Bürger erklären, geben eine größere Chance, unterschiedliches, (auch) außenpolitisches Verhalten prognostizieren zu können. Der Reformismus der Arbeiterbewegung war Folge der Möglichkeit der Vergesellschaftung über Arbeit. Daß Faschismus auch in Europa vor allem Arbeitslose verführte, ist bekannt. Die politökonomisch determinierten Formen der Aneignung von Surplus und des Zugriffs auf Konsum scheinen deshalb zur Erklärung von Verhalten wichtig.

Am Ende solcher Forschungen ist zu erwarten, daß wir Theorien erhalten, die am Zusammenbruch gesellschaftlicher Strukturen bei Modernisierungsprozessen ansetzen. Es ist wahrscheinlich, daß sie zeigen werden, daß Arbeit ein wichtiges Agens von Vergesellschaftung ist und daß die Dominanz des Profits, nämlich jener Form von Surplus, die für die Finanzierung von notwendigen Investitionen für zukünftig als sicher erwartete Absatzmärkte benötigt wird, ein wichtiges Element einer ideologischer Radikalisierung abgeneigten bürgerlichen Gesellschaft ist.

Beides sind die Elemente, die ich als Voraussetzung für funktionsfähige bürgerliche Gesellschaften identifiziere, und deren Stärke von Verteilungsproblemen, letztlich der Beseitigung von Marginalität und der damit möglichen Tendenz zu Vollbeschäftigung über steigende Massenmärkte abhängt⁷. Der Einstieg in den Prozeß der Stärkung bürgerlicher Gesellschaft hängt dabei nicht von Ideologien ab, wie unsere Beiträge zeigen, sondern von der Kräftekonstellation in der Wirtschaft. *Krämer* gibt mit ihrer Analyse der islamischen Bewegung in Ägypten gute Argumente für die Annahme, daß eine Annäherung von Mittelschichten an traditionelle Werte soziale Inkorporation sonst deklassierter Unterschichten begünstigt, die geeignet ist, Marginalität zu reduzieren. *Carliers* Beispiel spricht für die Möglichkeit gegenteiliger Auswirkungen und *Mahrad* und *Wariavwalla* zeigen, daß die ökonomischen Gegebenheiten Fundamentalismus auf Mäßigung zurückzwingen bzw. ihn gar nicht entstehen lassen, wenn Profit und Vergesellschaftung über Arbeit gestärkt werden.

Das bedeutet aber nicht, daß von solchen Umbrüchen nicht Gefahren der Eskalation von Gewalt im Innern und nach außen drohen. Es bedeutet aber wohl, daß diese Gefahren nicht aus einer Rückbesinnung auf tradierte Kultur kommen, sondern aus politökonomischen Strukturen, nicht aus Verelendung, sondern aus einer Intensivierung von Marginalität bei starken Renten, die von den sie aneignenden Klassen nicht beschäftigungswirksam ausgegeben werden. In schwieriger werdenden Zeiten wird deshalb die Wiederbelebung eng soziologischer Theorien über Werte und Kultur gegen die mühselige Beschäf-

tigung mit Politökonomie zur Sackgasse. Die Beschwörung der grünen nach der gestrigen gelben Gefahr ist allemal eingängiger als die Beschäftigung mit der Frage, wie in unterschiedlichen Kontexten mit unterschiedlicher Ressourcenausstattung Marginalität überwunden und ökonomisch Staatsbürgerschaft für alle erreicht werden kann.

- 1 S. P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, 72, 3 (Sommer 1993), S. 22-49.
- 2 C. Simon, Hocine Ait Ahmed, secrétaire général du Front des forces socialistes: „Il faut empêcher une partie de la société algérienne d'imposer son projet à une autre“. in: *Le Monde* (23. Februar 1995), S. 4.
- 3 H. Elsenhans, *Decolonisation: From the Failure of the Colonial Export Economies to the Decline of the Westernised State Classes*, in: *Maghreb Review*, 19, 1/2 (1994), S. 95-122.
- 4 N. Georgescu-Roegen, *Economic Theory and Agrarian Economics*, in: *Oxford Economic Papers*, 12, 1 (Februar 1960), S. 32-40.
- 5 H. Elsenhans, *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*, Frankfurt a.M./New York 1981, S. 118-192, engl. erweiterte Ausgabe: *State, Class and Development*, New Delhi 1995.
- 6 M. Lacheraf, *Algérie, Nation et Société*, Paris 1965, S. 83
- 7 H. Elsenhans, *Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-sustained Capitalism*, in: *Pakistan Development Review*, 33, 4 (Dezember 1994), i. E.